LANDTAG DES SAARLANDES
17. Wahlperiode

Drucksache 17/1966
15.01.2026

A N T R A G

der SPD-Landtagsfraktion
der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Deutsch-französische Verantwortung für Solidarität, Sicherheit und Zusammenhalt in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Der Deutsch-Französische Tag erinnert an die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich als Fundament der europäischen Einigung. Nach Jahrhunderten von Krieg und Gegnerschaft wurde mit der bewussten Institutionalisierung gemeinsamer Interessen – beginnend mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – ein historischer Wendepunkt erreicht: Sicherheit entstand nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander. Dieses Prinzip bleibt bis heute der Kern der europäischen Idee.

Deutschland und Frankreich sind und bleiben der politische Motor der Europäischen Union/Europas. Für das Saarland als Grenzland ist Europa dabei keine abstrakte Idee, sondern gelebter Alltag. Europa zeigt sich hier im täglichen Pendeln, in der Zusammenarbeit von Verwaltungen, Krankenhäusern, Feuerwehren, Unternehmen und Bildungseinrichtungen. Gerade deshalb spielt das Saarland eine besondere Rolle, die europäische Idee konkret, sozial und handlungsfähig zu halten.

Europa steht heute unter massivem Druck – geopolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat unmissverständlich deutlich gemacht, dass Frieden, Sicherheit und die Einhaltung des Völkerrechts keine Selbstverständlichkeiten sind. Zugleich verschärfen geopolitische Machtverschiebungen, wirtschaftlicher Protektionismus, Imperialismus und neue Abhängigkeiten von den USA, Russland und China den Handlungsdruck auf Europa. Hinzu kommen innenpolitische Herausforderungen: Extremismus, Desinformation und gesellschaftliche Polarisierung gefährden den demokratischen Zusammenhalt – auch in Deutschland und Frankreich.

Ausgegeben: 15.01.2026

Gerade in dieser Lage braucht Europa eine klare deutsch-französische Führungsrolle: als Motor für Kompromiss, Solidarität und für eine fortschrittliche und handlungsfähige Europäische Union. Führung bedeutet dabei nicht Dominanz, sondern Verantwortung – und die Fähigkeit, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen. Durch seine enge Verknüpfung und die vielen Kontakte mit Frankreich kann das Saarland als Brücke zwischen Deutschland und Frankreich agieren.

Europa ist zugleich eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt. Diese Stärke muss strategisch genutzt werden. Aus saarländischer Sicht heißt das konkret: eine gemeinsame wettbewerbsfähige europäische Industrie-, Energie- und Technologiepolitik, die die industrielle Transformation aktiv begleitet, auf Innovation, Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Prinzipien setzt, Abhängigkeiten reduziert, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa sozial gerecht und nachhaltig sichert. Die deutsch-französische Zusammenarbeit kann und muss hier Vorreiter sein – etwa beim Ausbau der Wasserstoffwirtschaft, bei der Transformation der Stahl- und Automobilindustrie, der Schaffung digitaler europäischer Souveränität oder bei der Sicherung industrieller Arbeitsplätze im Grenzraum. Das Saarland ist dabei nicht Randgebiet, sondern Transformationslabor Europas.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstreicht zudem die Notwendigkeit einer handlungsfähigen europäischen Sicherheitsarchitektur. Deutschland und Frankreich tragen hier eine besondere Verantwortung, auch im Zusammenspiel mit Partnern wie dem Vereinigten Königreich. Europa muss die Ukraine weiterhin politisch, wirtschaftlich und humanitär unterstützen und hierfür verlässliche, langfristige Finanzierungsinstrumente schaffen. Sicherheit bedeutet dabei mehr als militärische Stärke: Sie umfasst auch den Schutz kritischer Infrastrukturen, Cybersicherheit, Krisenvorsorge und demokratische Resilienz.

Eine starke europäische Kohäsionspolitik ist unverzichtbar. Sie ist das zentrale Instrument für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt, für Innovation, Infrastruktur und regionale Entwicklung. Programme wie EFRE, ESF+ oder INTERREG wirken im Saarland ganz konkret. Doch die Kohäsionspolitik nach 2027 steht unter erheblichem Druck. Zentralisierungsbestrebungen drohen regionale Steuerung und Wirksamkeit zu schwächen. Gerade Grenzregionen wie das Saarland brauchen eine eigenständige, regional verankerte Kohäsionspolitik, die lokale Akteure einbindet und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gezielt stärkt. Europa muss dort sichtbar sein, wo es zusammenwächst. Dort, wo früher Grenzzäune bewacht und geschützt wurden, kann man heute kaum noch feststellen, wo diese früher verliefen.

Für das Saarland ist Europa untrennbar mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit verbunden. Die Kooperation im Grenzraum betrifft Mobilität, Arbeitsmarkt, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Sicherheit und Katastrophenschutz. Gerade die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zeigt, wie

europäische Solidarität konkret wirkt. Das Interreg-Projekt MOSAICS kann dabei zukünftig zu einem vereinfachten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen im Grenzraum führen. Französischsprachkurse für Gesundheitsberufe tragen ebenfalls zur besseren Zusammenarbeit bei. Die Weiterentwicklung des MOSAR-Abkommens – etwa durch das geplante Zusatzprotokoll zur besseren Versorgung von Schlaganfallpatientinnen und -patienten – ist ein Beispiel dafür, wie bürokratische Hürden abgebaut, Wege verkürzt und Leben gerettet werden können. Solche Projekte müssen Vorbild für weitere Bereiche werden.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag des Saarlandes auch die Verlängerung der Partnerschaftsvereinbarung zur Fortführung der Task Force Grenzgänger, die zum Abbau von Grenzgängerhemmnissen auf dem Arbeitsmarkt beiträgt.

Ebenso wichtig sind verlässliche Strukturen in der Zusammenarbeit von Feuerwehren und Blaulichtorganisationen, gemeinsame Standards und regelmäßige Übungen. Sicherheit endet nicht an Staatsgrenzen – sie beginnt im Alltag der Menschen. Die Verabschiedung und Umsetzung der Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Feuerwehren zwischen dem Département Moselle und dem Saarland ist hier ebenso zu nennen wie der Ausbau von grenzüberschreitenden Hilfeleistungsangeboten bei Schadensfällen.

Von der Kita bis zur Hochschule wird Bildung im Saarland mehrsprachig umgesetzt. Neben Englisch steht unsere Nachbarsprache Französisch im Fokus. Bei den deutsch-französischen Elysée-Kitas ist das Saarland bundesweit Vorreiter, an allen Grundschulen wird Französisch spätestens ab der dritten Klasse unterrichtet und an allen weiterführenden Schulen fortgeführt. Zahlreiche Austauschprogramme über Pro Tandem oder Erasmus+ sowie Kooperationen mit französischen Bildungsakteuren stärken die Europa- und Sprachkompetenz der Saarländischen Schülerinnen und Schüler im allgemeinbildenden und berufsschulischen Bereich. Die Berufsausbildung kann im Saarland selbstverständlich grenzüberschreitend absolviert werden und die Hochschulen eine Vielzahl bi- und trilateraler Studiengänge an. Damit ist das Saarland attraktiv auch für Studierende und Fachkräfte aus der ganzen Welt.

Die europäische Akzentsetzung beim Tag der Deutschen Einheit – unter anderem durch eine Europameile sowie die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den französischen Präsidenten Emmanuel Macron – hat gezeigt: Deutsche Einheit und europäische Einigung gehören zusammen.

Im Jahr 2026 begeht zudem der Interregionale Parlamentarierrat (IPR) sein 40-jähriges Bestehen. Der IPR ist ein zentrales demokratisches Gremium der Großregion SaarLorLux und steht beispielhaft für die einzigartige Form grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa: Er bringt Parlamente zusammen, ermöglicht Austausch über gemeinsame Herausforderungen und verabschiedet Empfehlungen, die an die Exekutiven der Großregion weitergeleitet werden. Damit leistet der IPR einen wichtigen Beitrag dazu, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Grenzraum parlamentarisch sichtbar zu machen

und den europäischen Gedanken konkret vor Ort zu stärken.

Das Saarland engagiert sich darüber hinaus durch seinen Beobachterstatus in der Organisation Internationale de la Francophonie (OIF) und positioniert sich damit als Akteur in einem internationalen Netzwerk, das weit über die bilateralen Beziehungen zu Frankreich hinausreicht. Dieser Status eröffnet Chancen insbesondere in den Bereichen Bildung, Mehrsprachigkeit, Wissenschaft, Wirtschaft und internationalen Vernetzung und stärkt die außenpolitische Sichtbarkeit des Saarlandes im frankophonen Raum. Der ordentliche Status des Saarländischen Landtags in der Assemblée parlementaire de la Francophonie (APF) verleiht dieser Ausrichtung zudem eine parlamentarische Dimension. Die Aufnahme der Landeshauptstadt Saarbrücken als erstes deutsches Mitglied in die Association internationale des maires francophones (AIMF) sowie die Mitgliedschaft der Universität des Saarlandes und der htw Saar in der Agence Universitaire de la Francophonie (AUF) verdeutlichen die mehrdimensionale Verankerung der Frankophonie im saarländischen Handeln. Zugleich unterstreicht dieses Engagement die Notwendigkeit, die Aktivitäten im Rahmen der Francophonie künftig stärker strategisch zu bündeln und mit klaren Zielsetzungen für die internationale Positionierung des Saarlandes zu hinterlegen.

Die Frankreichstrategie+ bietet einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz für die nachhaltige Verankerung der französischen Sprache, Kultur und Kompetenz im Saarland. Mit der Feuille de Route V liegt hierfür ein politischer Rahmen vor, dessen Evaluierung wertvolle Handlungsempfehlungen hervorgebracht hat. Um die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit dieser Strategie langfristig zu sichern, ist es entscheidend, die Ergebnisse der Evaluation konsequent aufzugreifen und die ausgesprochenen Empfehlungen systematisch umzusetzen. Die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung im Rahmen von Austauschprogrammen mit französischen Gebietskörperschaften begrüßen der Landtag des Saarlandes in diesem Zusammenhang ausdrücklich.

110 Jahre nach der Schlacht von Verdun zeigt sich, wie weit Europa gekommen ist – und wie verletzlich Frieden bleibt. Aus Feindschaft wurde Partnerschaft, aus Krieg Zusammenarbeit. Diese Geschichte verpflichtet. Europa ist kein Selbstläufer. Es ist und bleibt eine politische Aufgabe – auch und gerade für das Saarland.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Frankreichstrategie+ konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln, insbesondere durch die Stärkung von Mehrsprachigkeit, grenzüberschreitendem Austausch, Kultur- und Wirtschaftskooperationen sowie durch eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über Fortschritte;

- ein europäisches Zielbild für die Auslandsvertretungen des Saarlandes zu formulieren;

- das Saarland strategisch als Modellregion der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu positionieren und diese Rolle ressortübergreifend (Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Inneres) zu verankern;

- die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung systematisch auszubauen, insbesondere durch die Weiterentwicklung von MOSAR zu verbindlichen Versorgungspfaden in weiteren medizinischen Bereichen sowie durch den Abbau administrativer Hürden bei Abrechnung und Zuständigkeiten;

- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Katastrophenschutz zu institutionalisieren, u. a. durch den Aufbau eines grenzüberschreitenden Kompetenzzentrums für Aus-, Fort- und Weiterbildung von Sicherheits- und Rettungskräften in Saarbrücken;

- regelmäßige und verbindliche Kooperationsformate zwischen Sicherheits-, Verwaltungs- und Katastrophenschutzbehörden der Großregion zu etablieren und dauerhaft finanziell abzusichern;

- den Austausch zwischen den Verwaltungen weiterhin zu fördern und die Frankreichkompetenz der Landesverwaltung weiter zu stärken;

- Mobilität als Teil einer europäischen Erreichbarkeitsstrategie des Saarlandes zu denken;

- den Ausbau des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs weiter zu forcieren und die Planung einer direkten Bahnverbindung Luxemburg–Saarbrücken als prioritäres Infrastrukturprojekt der Großregion voranzutreiben;

- die Arbeit des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR) aktiv zu unterstützen und die Umsetzung seiner Empfehlungen durch Landesregierung und Verwaltungen systematisch zu begleiten;

- Orte der Erinnerungskultur, Demokratiebildung und des grenzüberschreitenden Dialogs zu stärken und gezielt als europapolitische Plattformen auszubauen;

- die Rolle des Saarlandes in den Gremien der Frankophonie zu nutzen, um die Frankreichstrategie+ gemeinsam mit dem Landtag des Saarlandes und den anderen saarländischen Akteurinnen und Akteuren auf allen Ebenen zu begleiten und weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Bundesregierung auf,

- sich auf EU-Ebene klar und verbindlich für eine starke, eigenständige Kohäsionspolitik ab 2028 einzusetzen, die regionale Steuerung erhält,

Grenzregionen gezielt stärkt und nicht durch Zentralisierung geschwächt wird;

- Grenzregionen wie das Saarland systematisch als europäische Modellräume anzuerkennen und ihnen besondere rechtliche und finanzielle Spielräume für grenzüberschreitende Projekte einzuräumen;

- grenzüberschreitende Infrastrukturvorhaben insbesondere im Schienenverkehr als Projekte von nationalem und europäischem Interesse zu priorisieren und langfristig finanziell abzusichern;

- die Nord-Süd-Achse im Fernverkehr gezielt zu stärken und den Anschluss des Saarlandes an leistungsfähige Fernverkehrskorridore dauerhaft abzusichern;

- den Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Arbeitsmarkt, Sozialversicherung, Gesundheit, Sicherheit) weiterzuentwickeln und bestehende Hemmnisse abzubauen;

- die deutsch-französische Zusammenarbeit gezielt für eine gemeinsame europäische Industrie- und Transformationspolitik zu nutzen, insbesondere zur Sicherung industrieller Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Grenzregionen;

- die soziale Dimension Europas im Grenzraum pragmatisch zu stärken, insbesondere durch faire Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung, Rechtssicherheit, Mobilität und der gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen, unter Wahrung der nationalen Zuständigkeiten.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.